



Die Gesundheitsbeter haben keinen Spiegel

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Nachdem unsere Forderung nach einem Technikzukunftsprogramm 2 auf dem Markt war, legten auch zahlreiche Dienststellen Listen, Berichte u. Ä. vor, was dringend verbessert werden muss.

Papiere, die auch schon in der Vergangenheit geschrieben wurden, aber vermutlich nie wirklich dort angekommen sind, wo sie hätten hinmüssen, oder dort wo sie hinkamen, nicht richtig oder vielleicht auch bewusst nicht richtig gelesen oder eingeordnet wurden.

Wir hatten schon einmal ein Technikzukunftsprogramm, welches mehr als wichtig und richtig war, denn viel zu lange hatte die verantwortliche Politik diesem Bereich „Technik“ nicht genügend beachtet, aber leider wurde dann auch gleich wieder aufgehört und dieser Weg nicht konsequent weitergegangen. Dass dieses Programm damals ein finanzieller Kraftakt war, wurde von uns nie bestritten.

Wer aber meinte, dass mit Leasingfahrzeugen, einigen Booten und ein paar Hubschraubern die Polizei technisch für die Zukunft aufgestellt war, hatte sich leider getäuscht.

Wir haben einen erheblichen Nachholbedarf, egal wohin man schaut. Alleine bei der Kriminaltechnik scheint uns langsam aber sicher der Fortschritt zu überholen und wir schauen sprichwörtlich in die Röhre. Den Herausforderungen durch neue Techniken, wie z. B. mobilen Daten- und Telefongeräten bzw. sozialen Netzwerken und die sich daraus ergebenden Anforderungen an die forensische Sicherung muss Rechnung getragen werden, sonst geraten wir ins Abseits. Viel zu lange hat man sich gegenseitig auf die Schultern geschlagen und erklärt, wie top man ist.

Unsere MEK's und das SEK haben Fahrzeuge, deren Kilometerstand alleine schon ein H auf dem Kennzeichen rechtfertigen würde. Dies trifft auch für sogenannte polizeiatypische Fahrzeuge zu.

Wir setzten Arbeitsgruppen ein, die überprüfen müssen, wie weitere PCs eingespart werden können. Wir sind dem Fortschritt auf der Spur, aber dabei laufen wir rückwärts.



Bei der Bereitschaftspolizei hat der TÜV eine jahrelange Freundschaft zwischen BPD und Setra-Omnibussen getrennt, so dass nun für Fahrten mit Omnibussen am Vortag ein Bus aus einer anderen BPD geholt werden muss.

Dass hier dann ein Fahrer ca. 400 Kilometer unterwegs ist und für die eigentliche Fahrt ein anderer Fahrer benötigt wird (die vorgeschriebenen Ruhezeiten lassen grüßen), ist nur eine Randerscheinung. Was das dann mit Betriebswirtschaft zu tun hat, kann sich jeder selbst überlegen.

Technik nutzt sich ab und vor allem entwickelt sie sich fort und hier muss die Polizei auf Ballhöhe bleiben. Dies haben die Verantwortlichen versäumt und je länger gewartet wird, desto teurer wird es.

Dass wir für PCs Softwareprogramme benötigen, dürfte jedem klar sein und dass wir als Polizei keine Raubkopien benutzen können, liegt auch auf der Hand, doch die Beschaffung und evtl. Entwicklung von notwendigen Programmen kostet Geld.

Deshalb fordern wir eine Fortschreibung des vor einigen Jahren gefeierten Technikzukunftsprogramms, das dann aber nicht fortgeführt, geschweige denn vollendet wurde.

Wenn in den Stuttgarter Nachrichten Nachfolgendes zu lesen ist: **„Bei der CDU, die bis Ende März für die innere Sicherheit im Land verantwortlich war, sieht man diese Klage naturgemäß in einem anderen Licht. „Das ist Theaterdonner zu den Haushaltsberatungen“, sagt Thomas Blenke, innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion. Natürlich müsse die technische Ausstattung laufend erneuert werden, doch das 400-Millionen-Euro-Programm zu Beginn des Jahrtausends habe die Polizei auf einen ordentlichen Stand gebracht. „Die technische Ausstattung ist absolut in Ordnung“, sagt Blenke und verweist als Beispiel auf die 5200 Einsatzfahrzeuge, die größtenteils geleast werden“**, dann bleibt nur festzustellen, dass „Gesundbeter offensichtlich keinen Spiegel haben, in dem sie sich anschauen müssen“.

Die grün-rote Landesregierung hat mit Innenminister Gall nun dem Einstieg in das erforderliche Technikzukunftsprogramm mit über 6 Millionen Euro die Türen geöffnet. Das ist ein Anfang und besser als nichts.

Uns ist klar, dass die Mängellisten der Dienststellen damit nur ansatzweise abgearbeitet werden können, doch Versäumnisse aus vielen Jahren können nicht von heute auf morgen beseitigt werden. Wir werden auch weiterhin die Mängel aufzeigen, denn wir müssen endlich zu kontinuierlichen Investitionen kommen.

Dieses Programm ist ein klares Signal der neuen Landesregierung und es zeigt deutlich, dass die Sorgen und Nöte der Polizei ernstgenommen werden.

Es ist und war immer klar, dass jahrelanges Sparen unterm Strich teuer kommt als kontinuierliche Investitionen. Das sollte nun endlich in den Köpfen Einzugs gefunden haben und wenn angebliche Fachleute behaupten, dass die technische Ausstattung absolut in Ordnung ist, denn „als Beispiel dienen die 5200 Einsatzfahrzeuge, die größtenteils geleast werden“, ist das eher wie das Pfeifen im dunklen Keller und hat mit der Realität halt nichts zu tun.

Euer Rüdiger Seidenspinner



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdP-digit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht ihr uns auch unter der GdP-Phone-2.0-Nummer 0 15 25-6 13 26 65.

Der Redaktionsschluss für die September-Ausgabe 2011 des Landesjournals Baden-Württemberg ist Freitag, der 5. August 2011, und für die Oktober-Ausgabe 2011, Freitag, der 9. September 2011.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zuzusenden.

Wolfgang Kircher und Thomas Mohr

Berufsbild der Polizeifachangestellten

Die Tarifbeschäftigten in der Polizei leisten seit Jahren hervorragende Arbeit, unterstützen ihre beamteten Kolleginnen und Kollegen, werden bei ihrer Einstellung in eine bestimmte Entgeltgruppe eingruppiert und verbleiben in aller Regel bis zum Rentenalter in der gleichen Entgeltgruppe.

Weder durch besonders herausragende Leistungen noch durch eine Bewerbung auf andere Stellen können die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Situation verbessern. Entweder fehlt es angeblich an der erforderlichen Ausbildung oder es sind keine entsprechenden Stellen ausgewiesen und vorhanden.

Die Tätigkeiten in der Polizei haben sich im Laufe der Jahre grundlegend geändert; gerade in Bezug auf den technischen Fortschritt (Bsp. EDV, IuK usw., aber auch Fahrzeuge und Ausstattung).

Vielfach werden höherwertige Tätigkeiten ausgeübt, weil durch langjährige Zusammenarbeit mit Vollzugsbeamtinnen und -beamten die Integration in den Dienstbetrieb stattgefunden hat, so dass die Beschäftigten vielfach Sachbearbeitung selbstständig erledigen.

Diese selbständige Ausübung qualifizierter Aufgaben ohne entsprechende Einstufung wird durch tarifrechtliche Vorgaben untersagt. Vorgesetzten, die dagegen verstoßen, droht sogar die Regressnahme.

Schon seit der Schließung der KFZ-Werkstätten der Polizei im Jahre 1999 wurde den Tarifbeschäftigten die Übertragung höherwertiger Tätigkeiten mit entsprechender Höhergruppierung versprochen. Die eingesparten Geldmittel wurden jedoch nur zum geringen Teil für Höhergruppierungen eingesetzt. Der weitaus größere Teil wurde zur Haushaltskonsolidierung herangezogen. Die Restmittel in Höhe von 500 000,- Euro werden „angeblich“ für die Höhergruppierung der Beschäftigten in den Datenstationen zurückbehalten. Allerdings steht auch hier durch Einführung neuer Techniken wieder ein Personalabbau bevor.

Alleine durch die Reorganisation und die Verwaltungsreform wurden über 1000 Stellen im Nichtvollzugsbereich eingespart. Dafür wird billigend in Kauf genommen, dass hoch qualifizierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit vollzugsinadäquaten Aufgaben betraut werden.

Dies führt zwangsläufig zu einer weiteren Schwächung des Vollzugsdienstes.

Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass der Mensch – der Beschäftigte –



die wichtigste Ressource eines Betriebes bzw. einer Verwaltung ist. Diese gilt es zu motivieren, denn effiziente und effektive Arbeit ist nur mit motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möglich.

Deshalb fordern wir, alle Tätigkeiten, die von Nichtvollzugspersonal wahrgenommen werden können, diesem auch tatsächlich zu übertragen. Gegebenenfalls mit entsprechender Aus- bzw. Fortbildung.

Der Vollzug soll sich auf die hoheitlichen Aufgaben konzentrieren, wo fachspezifisches Wissen und Ausbildung zwingend erforderlich sind.

Die Beschäftigten bei den Kommunen des Landes Baden-Württemberg haben die Möglichkeit, den Verwaltungslehrgang 1 und 2 berufsbegleitend zu absolvieren, um dann höherwertige Tätigkeiten ausüben zu können und entsprechend eingruppiert zu werden. Das ist bei den Landesbeschäftigten bis jetzt nicht möglich und nicht anerkannt.

Die Ausbildung zur/zum Polizeifachangestellten muss zur Übertragung entsprechender Tätigkeitsmerkmale und damit zu einer höheren Eingruppierung und zu einem höheren Entgelt führen. Deshalb sollte analog der Ausbildung bei den Kommunen für den Polizeibereich folgende Ausbildung mit dem Ziel Polizeifachangestellte ermöglicht werden:

Der berufsbegleitende Vorbereitungslehrgang auf die Angestelltenprüfung I und II (entspricht dem Verwaltungsfachwirt) soll ohne längerfristige Beurlaubung durchgeführt werden. Diese Qualifizierungsmaßnahme entspricht auch dem Tarifvertrag der Länder (§ 5 TV-L).

Folgende Fachgebiete sollen Gegenstand der Berufsausbildung sein: Staatsrecht, allgemeines Verwaltungsrecht, Baurecht, allgemeines Polizeirecht, Per-

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
GdP-Phone: (0 15 25) 6 13 26 65
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon: (02 11) 71 04-1 83
Telefax: (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon: (0 28 31) 3 96-0
Telefax: (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



STRATEGIEPAPIER DER GdP

sonenstandsrecht, Verfassungsrecht, Sozialwesen, Rechtslehre (BGB), Wirtschaftsrecht, Abgabenrecht, öffentliche Betriebswirtschaftslehre, Personalmanagement, Personalwirtschaft, Arbeitssicherheit, Umweltschutz, rationelle Ressourcenverwendung, Grundlagen der Informationsverarbeitung, Bürokommunikation, Datenschutz.

Die Ausbildung kann an Verwaltungsschulen des Gemeindetags in Karlsruhe, Baden-Baden, Mannheim, Offenburg, Verwaltungsschulen des Städtetags in Heidenheim, Ravensburg, Tübingen erfolgen. Die Möglichkeit sollte geprüft werden, diese Lehrgänge auch durch entsprechende Verwaltungsfachleute (Dozenten) an der Akademie der Polizei durchzuführen.

Speziell für die Qualifizierung für polizeispezifische Aufgaben (nachstehend aufgeführt), die im Anschluss an die vorgenannte Grundausbildung anknüpft, ist die Akademie der Polizei zuständig. Die bisherige dreijährige Ausbildung Verwaltungsangestellte für Bürokommunikation, die bei den Polizeidirektionen und Landespolizeidirektion absolviert wurde, wird als Grundausbildung anerkannt.

Für besonders langjährig Beschäftigte (mind. 15 Jahre Betriebszugehörigkeit und Vollendung des 40. Lebensjahres) ist

eine verkürzte Grundausbildung denkbar.

Polizeispezifische Aufgaben für den Nichtvollzugsbereich sind:

- In der Abteilung polizeiliche Aufgaben
 - Sachaufgabe Auswertung und Kriminalitätsanalyse
- Im Referat Haushalt
 - Sachaufgabe zentrale Beschaffungen
- Sachaufgabe Technik
 - Kraftfahrzeugwesen
 - Datenverarbeitung
 - Waffenwerkstatt
 - Funktechniker
 - Fluggerätemechaniker
 - Prüfer für Luftfahrtgeräte
 - Fluggeräteelektroniker
- Kriminaltechnik
 - Daktyloskopie
 - kriminaltechnische Assistenten
 - digitale Bildbearbeitung
 - kriminaltechnische Sachverständige
 - Gutachter
 - Informatiker für ITB
- Bilanzbuchhalter
- Wirtschaftsprüfer
- Führungs- und Einsatzstab – Sachgebiet Verkehr
 - Sachbearbeitung Unfalldaten-Informationssystem (UDIS)
 - Aus- und Fortbildung
- Sachbearbeitung Vermisstenfälle

- Presse/Öffentlichkeitsarbeit
- Sachbearbeiter Flugunfälle
- IT-Sicherheitsbeauftragter
- Systemtechniker
- Betriebsmeister Haustechnik
- Fachkraft für Arbeitssicherheit

Die Aufzählung ist nicht abschließend und kann jederzeit ergänzt werden. Im Einzelfall müssen u. U. neue Stellen geschaffen werden bzw. Neueinstellungen erfolgen.

Von wesentlicher Bedeutung wäre die Schaffung von Hausmeister- und Pförtnerstellen bei den Polizeidienststellen. Durch Stellenstreichungen sind deren Aufgaben entweder gar nicht oder von Polizeibeamten/-innen ausgeführt worden. Dies ist manchen Dienstgebäuden bereits jetzt anzusehen. Der Erhalt der KFZ-Werkstätten mit dem erforderlichen Personal ist unabdingbar. Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine Privatisierung kostenintensiver und für die Polizei problematisch ist. Lebensälteren Tarifbeschäftigten, für die eine weitere Qualifizierung nicht möglich ist, ist als Ausgleich für ihre belastende Tätigkeit eine „Polizei“- oder Erschwerniszulage zu bezahlen. Die psychischen und physischen Belastungen sind teilweise enorm und in anderen Behörden oder Verwaltungszweigen so nicht gegeben. **C. Falk**

Landespersonalvertretungsgesetz

Die Landesverwaltung hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert, doch die Mitbestimmung der Beschäftigten durch ihre Personalräte wurde immer weiter zurückgefahren oder gar ganz verweigert.

Alle Neuerungen führten zu Verschlechterungen der Beteiligungsrechte. Veränderungen in der Verwaltung fanden im Landespersonalvertretungsgesetz überhaupt keinen Niederschlag.

Deswegen braucht Baden-Württemberg ein modernes, den Anforderungen einer mitarbeiterorientierten Landesverwaltung gerecht werdendes Landespersonalvertretungsgesetz, indem den gewählten Vertretern auch genügend Freiraum zur Verfügung gestellt werden muss, um ihre Ämter sachgerecht ausfüllen zu können (Stichwort: Freistellungen).

Bisher wurde gefühlt mehr Zeit damit verbracht, zu überlegen, wie man die Beteiligung von Personalräten umgehen

kann, anstatt den Personalrat einfach zu beteiligen. Mitbestimmung und Mitwirkung hatte – auch im politischen Raum – anscheinend etwas Anrüchiges an sich.

Haben Personalräte ihre Beteiligung eingefordert, wurde dies hier und da als unanständige Einmischung gesehen. Verzögerung und taktische „Spielchen“ waren und sind an der Tagesordnung. Selbst Entscheidungen aus Einigungsstellenverfahren wurden lediglich zur Kenntnis genommen, ansonsten aber ignoriert.

Ganz im Sinn der beiden Regierungsparteien zeigt Mitbestimmung die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und zu tragen.

Wertschätzung der gesamten Polizei – Schutz der Polizeibeamten/-innen

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Gewaltdelikte gegen Polizeibeamtinnen und -beamte hat die „Ständige

Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder“ (IMK) auf ihrer 189. Sitzung am 3./4. Dezember 2009 die Notwendigkeit eines bundesweit einheitlichen Lagebildes zur „Gewalt gegen Polizeibeamte“ unterstrichen.

Um über eine rein statistische Erfassung der Fallzahlen hinaus Hinweise zu Ursachen und Umständen der Gewaltübergriffe zu gewinnen, wurde das von einer Projektgruppe des „Unterausschusses Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung“ (UA FEK) entwickelte Erhebungsformular für Baden-Württemberg um einige qualitative Attribute erweitert.

Dadurch sollen Ansätze zur Verbesserung des Schutzes der Polizeibeamtinnen und -beamten, insbesondere hinsichtlich der Eigensicherung, gewonnen werden, so das IM BW in einem Schreiben vom 22. März 2010, das an alle Dienststellen verteilt wurde. Hintergrund war die Nichtteilnahme der Landespolizei an einer Studie des KFN zu eben jenen Phänomenen, die nachfolgend kurz genannt werden. Im Ergebnis wurde festgestellt,

Fortsetzung auf Seite 4



STRATEGIEPAPIER DER GdP

Fortsetzung von Seite 3

dass Polizeibeamte gerade im alltäglichen Dienst erheblichen Risiken ausgesetzt sind.

Seit Jahren wird eine Zunahme von Gewaltdelikten auch oder insbesondere gegen Polizistinnen und Polizisten sowie eine zunehmende Respektlosigkeit registriert.

Insbesondere bei Einsätzen wegen häuslicher Gewalt, randalierenden Betrunknen und Streitigkeiten in der Öffentlichkeit werden Polizeibeamte Opfer von Gewaltübergriffen.

Die Anzahl von schweren Verletzungen hat in den letzten Jahren um mehr als 60% zugenommen.

Festgestellt wurde auch, dass insbesondere Personen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie türkische Täter bzw. Täter aus anderen islamischen Ländern überproportional häufig in Erscheinung getreten sind.

Daneben nehmen politisch motivierte Straftaten und als solche kaschierte Gewaltakte, für die politische Parolen als Rechtfertigung erhalten, überproportional zu.

Nicht jedes angeblich politisch motivierte Delikt ist wirklich Ausfluss ernsthafter Anliegen, wie die Mai-Krawalle alljährlich zeigen. Brandanschläge auf Autos und Angriffe auf Polizisten werden als Event zelebriert und häufig im Internet veröffentlicht.

Private Veranstaltungen und Feiern sind immer mehr Grund polizeilichen Einschreitens. Dabei sind Pöbeleien, Beleidigungen, schlimmstenfalls sogar körperliche Übergriffe oder Verletzungen an der Tagesordnung. Und immer häufiger ist Alkohol im Spiel.

Das kann und darf der Staat nicht dulden. Das Gewaltmonopol ist ein zentrales rechtsstaatliches Prinzip, und dazu gehört, dass denjenigen, die es repräsentieren, ein Mindestmaß an Respekt gebührt. Hierzu gehört auch ein gewisser Persönlichkeitsschutz.

Es kann nicht sein, dass jede Polizistin und jeder Polizist ohne weiteres bei seiner Amtsausübung fotografiert oder videografiert und die Aufnahmen dann im Internet eingestellt werden können, ohne dass es eine Handhabe gibt, diese zu löschen.

Insofern ist es an der Zeit, dass sich die Regierenden über eine Reform des Strafparagrafen nachdenken, der Polizisten und andere Eingreifkräfte schützt. Die jüngste Statistik offenbart da eindeutigen Handlungsbedarf. Die GdP fordert deshalb schon seit geraumer Zeit eine neue

Strafrechtsnorm, die wie folgt aussehen könnte.

Die bisherige Regelung setzte voraus, dass sich der Beamte bei dem Angriff in jedem Fall in einer „Vollstreckungssituation“ befindet, zum Beispiel bei einer Festnahme oder einer Räumung.

Unvermittelte Attacken auf nichtsahrende Streifenbeamte im täglichen Dienst wurden von der besonderen Strafbarkeit des Widerstandes gegen die Staatsgewalt bisher nicht erfasst. Der tätliche Angriff auf Polizeivollzugsbeamte soll künftig deutlich härter bestraft werden als die bisherige Widerstandshandlung.

Die neue grün-rote Landesregierung darf sich dieser Regelung nicht verschließen, sondern sollte im Gegenteil diese berechnete Forderung aufgreifen, um ein längst überfälliges Ziel zu erreichen.

Im Kapitel zweigeteilte Laufbahn wurden hierzu ja schon wesentliche Eckpunkte aufgezeigt.

Diese gilt es konsequent aufzugreifen und berechenbar umzusetzen. Um aber der leistungsgerechten Bewertung der gesamten Polizei gerecht zu werden, brauchen wir (Zitat):

„das, was man in der Geometrie eine Parallelverschiebung nennt und zwar für die gesamte Polizei. Nicht mehr und nicht weniger.“

Besoldungsgefüge in der Polizei

In Teilbereichen, insbesondere auf Führungsebene, wurde diese Forderung bereits umgesetzt.

Für die gesamte Polizei bedeutet dies aber, den raschen Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn, mit der konsequenten Durchschlüsselung sowohl im gehobenen als auch im höheren Dienst.

Hierzu sind die rechtlichen und die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Es geht darum, einen dynamischen Prozess in die Wege zu leiten, dessen Ziel es sein muss, gerade diese geforderten Stellenhebungen in Einklang mit der beschriebenen Parallelverschiebung so zu verwirklichen, dass eine berechenbare Karriereplanung und -verwirklichung realistisch gegeben ist.

Nicht nur der überfälligen Anhebung der Besoldungsstruktur könnte man damit gerecht werden, sondern auch eine Verbindlichkeit und Berechenbarkeit mit auf den Weg bringen, die es schaffen könnte, die seitherigen Ungleichgewich-

te zu beseitigen und eine ausgewogene Struktur zu entwickeln.

Dies wäre ein richtiger und wichtiger Schritt in Richtung Attraktivität des Polizeiberufes.

RSeid



PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

Zur Beförderung zum/zur:

Polizeihauptkommissar
Alb-Donau/Ulm: Oliver Müller.

Polizeihauptmeister +Z
Ludwigsburg: Klaus Häusser.

Polizeiobermeister/-in
Göppingen PD: Anja Blei. Ludwigsburg: Judith Draeger. Sigmaringen: Sebastian Dorner.

Es traten in den Ruhestand:
Bepo-Bruchsal: Ulrich Frank. Freiburg LPD: Johann Müller. Hohenlohekreis: Alfred Leuser. Karlsruhe PP: Rosemarie Fischmann. Main-Tauber-Kreis: Günter Fritsch. Mosbach: Manfred Ludwig.

(zusammengestellt v. A. Burckhardt)



GdP-SEMINARE

Personalräteschulungen abgeschlossen

Vom 27. 6. bis 1. 7. 2011 fand die letzte Personalrätegrundschulung an der Akad Pol in Wertheim statt. Josef Schneider, GdP-Ehrenvorsitzender, ehemaliger HPR-Vorsitzender und Autor einer Kommentierung zum Landespersonalvertretungsgesetz, erklärte den Personalratsmitgliedern und Ersatzmitgliedern, wie das LPVG funktioniert, u. a. bei welchen Angelegenheiten Personalräte mitbestimmen können, was alles unter die Schweigepflicht fällt und was Datenschutz für den Personalrat bedeutet. Dr. Michael Karpf, Hauptschwerbehindertenvertreter beim Innenministerium Baden-Württemberg, informierte über das Schwerbehindertenrecht und die Vorschrift des SGB IX, den

„Besonderen Regeln zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen“. Dagmar Hölzl, Beauftragte für Chancengleichheit beim LKA Baden-Württemberg und Bundesvorsitzende der Frauengruppe, stellte das Allgemeine Gleichstellungsgesetz vor. In Vertretung von Christina Falk erklärte sie außerdem die Vorschriften des TVL (Tarifvertrag Länder) und so manchen Unterschied zwischen Beamten- und Tarifrecht. Ein erfolgreiches Seminar,



was die hervorragende Seminarkritik am Ende auch bestätigte. **WKI**

DGB-FACHTAGUNG

„FrauenStärken – Die Macht der Rollenbilder“

Bereits zum 15. Mal fand am 29. Juni 2011 im Gewerkschaftshaus in Stuttgart die unter der Federführung des DGB von der GdP mitorganisierte Fachtagung „FrauenStärken“ statt. Eingeladen waren die Beauftragten für Chancengleichheit, Personalrätinnen und alle interessierten Frauen aus Behörden, Verwaltungen und Betrieben.

Die Tagesordnung der Fachtagung stieß auf sehr großes Interesse, sodass nicht alle Frauen, die Interesse hatten, tatsächlich auch an der Tagung teilnehmen konnten.

Wie jedes Jahr herrschten im großen Sitzungssaal nicht nur wegen der oft angeregten Diskussionen hohe Temperaturen. Auch in diesem Jahr war es ein tropischer Sommertag und so wurden die vom DGB angebotenen Erfrischungsgetränke dankbar angenommen.

Nach einer kurzen Begrüßungsrede der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Marion v. Wartenberg richtete die neu gewählte Landtagsabgeordnete und Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Frau Katrin Altpeter (SPD), ein paar Worte an die anwesenden Frauen. Frau Altpeter betonte nochmals die Ziele der neuen Regierung, die auch die erhebliche Erweiterung und Konkretisierung des Chancengleichheitsgesetzes beinhalten. Auch sollte die Quote der weiblichen Führungskräfte erhöht

werden. Mit zahlreichen Ansätzen soll die aktive Beteiligung von Frauen in der Arbeitswelt gefördert werden. So bedarf es hierzu nach Ansicht von Frau Altpeter eines Bewusstseinswandels. Sie betonte: „Noch nie standen in Baden-Württemberg so viele gleichstellungspolitische Ziele im Koalitionsvertrag. Dabei will die Landesregierung mit gutem Beispiel vorangehen und den Frauenanteil in Gremien und Führungspositionen erhöhen.“ Nach Ansicht von Frau Altpeter sei es wichtig, die veralteten Rollenmuster zu beseitigen. Die Rollenmuster würden schon lange nicht mehr der Realität entsprechen. Frauen haben die besseren Schul- und Studien-Abschlüsse und starten meist gut in das Berufsleben. Trotzdem könnten sie dies immer noch nicht in entsprechende Karrieren umsetzen. Frauen haben oft Einkommenslücken von ca. 60% zu beklagen. Als Beispiele für schlechte Anreize wurden von Frau Altpeter das Steuerrecht mit dem Ehegattensplitting oder die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung angeführt.

Im Anschluss an das interessante Grußwort von Frau Altpeter referierte Frau Prof. Dr. phil. habil. M. A. Birgit Meyer (Hochschule Esslingen, Fachgebiet Familien- und Frauenpolitik, Soziale Arbeit mit Frauen und Mädchen und mit Männern und Jungen) zur Macht der

Rollenbilder und ob gerechte Leistungsbewertung von Frauen ein Traum ist und/oder bleibt. Frau Prof. Dr. Meyer, die sich schon seit Jahrzehnten mit der Thematik befasst und als Forschungsschwerpunkte Frauen- und Geschlechterforschung sowie die politische Sozialisation und Partizipation von Frauen benennt, hat zu dieser Thematik bereits umfangreiche Schriften veröffentlicht. Die anwesenden Frauen der Fachtagung konnten durch ihren Vortrag leider nur

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

Werden Sie Mitglied beim
»Deutschen Roten Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch
Labor Dr. Gärtner
 Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 502-0



DGB-FACHTAGUNG

Fortsetzung von Seite 5

einen kleinen Einblick in die umfangreiche Thematik erhalten. Mir ist besonders im Gedächtnis geblieben, dass wir Frauen unbedingt an unserem „Impressionsmanagement“ (bedeutet: vorspiegeln, dass man etwas weiß, was man eigentlich gar nicht weiß) arbeiten müssten. Männer beherrschen dies meist besser als ihre weiblichen Mitkonkurrentinnen, sodass dies unter anderem möglicherweise zu einer besseren Leistungsbewertung führt. Eine gerechte Leistungsbewertung wird meines Erachtens immer ein Traum bleiben, da dort, wo Menschen andere Menschen bewerten, immer Sympathie und Antipathie eine Rolle spielt. Egal, ob es sich um Männer oder Frauen handelt. Leider konnte die eigentlich im Anschluss geplante Talkrunde mit den frauenpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen nicht wie ursprünglich geplant stattfinden. Da zeitgleich eine Plenarsitzung im Landtag stattfand, wurde ein entsprechender Antrag der Grünen und der SPD, die Sitzung für zwei Stunden zu unterbrechen, um an der Fachtagung FrauenStärken teilnehmen zu können, von der Opposition abgelehnt. In den vergangenen Jahren hatten bereits solche Talkrunden stattgefunden, welche ich persön-

lich als sehr bereichernd erlebte. Schade, dass die Opposition dieses Jahr dies nicht ermöglichte.

Die vom DGB eingeladenen MRin a. D. Christa Haase aus Wiesbaden (Juristin) und Doreen Siebernik (Gesamtfrauenvertreterin der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung – seit Nov. 2008 – und Landesvorsitzende der GEW Berlin – seit April –) hatten es demnach auch nicht leicht, die Erwartungshaltung der anwesenden Frauen im Saal zu erfüllen. Trotzdem kam auch hier eine angeregte Diskussion mit der Vorsitzenden des DGB-Bezirksfrauenausschusses und unserer Bundesfrauenvorsitzenden Dagmar Hölzl und den beiden



Die Diskussionsrunde v. l. n. r.: Dagmar Hölzl, Doreen Siebernik (GEW-Landesvorsitzende und Gesamtfrauenvertreterin/Berlin), Christa Haase (Ministerialrätin a. D. aus Wiesbaden)

Damen zustande. Insbesondere wurde das Plenum über die Unterschiede der jeweiligen Chancengleichheitsgesetze in Hessen und Berlin im Vergleich zu Baden-Württemberg informiert. Nach der Mittagspause fanden am Nachmittag vier Workshops zu den Themen

- Neuerungen im Beurteilungswesen/Beurteilungssituation von Frauen,
- Das neue Unterhaltsrecht,
- Mit eg-check zu gerechtem Lohn,
- Frauenpolitische Schwerpunkte in der Bildung

statt, zu denen man sich bereits im Vorfeld anmelden musste. In allen Workshops wurde konzentriert gearbeitet und angeregt diskutiert.

Wie jedes Jahr war die Tagung auch in diesem Jahr eine Bereicherung für meine Arbeit als Beauftragte für Chancengleichheit in meiner Dienststelle. Aber nicht nur die Tagesordnungspunkte führen zu dieser Einschätzung, insbesondere halte ich auch die Begegnungen und das Gespräch mit meinen „Mitstreiterinnen“ für wichtig und das Netzwerk, das wir dadurch bilden, für unabdingbar für meine zukünftige Arbeit. Sei es auf der Dienststelle oder als Mitglied des GdP-Frauenvorstands.

Judith Wolf
GdP-Landesfrauenvorstand

Antrittsbesuch beim Innenminister

Am 13. Juli 2011 trafen sich der neu gewählte Innenminister Reinhold Gall und der geschäftsführende GdP-Landesvorstand (Rüdiger Seidenspinner, Lothar Adolf, Hans-Jürgen Kirstein, Rolf Kircher, Wolfgang Kircher und Thomas Mohr) zu einem ersten Gespräch im Landtag in Stuttgart.

Dabei wurden übereinstimmende aber auch strittige Themen aus dem Koalitionsvertrag und dem Strategiepapier der GdP, wie z. B. die Zweigeteilte Laufbahn, die Schaffung eines Berufs „Polizeifachangestellte“ oder die Kennzeichnung von Polizeibeamten angesprochen. Auch das Thema Arbeitszeit durfte dabei nicht fehlen. Die GdP vertritt die Auffassung, dass vom Innenministerium bisher bewusst gegen das EU-Arbeitszeitrecht, also gegen geltendes Recht verstoßen wurde, denn eine Umsetzung des EU-Rechts hätte zu einer Offenbarung des Personalmangels bei der Polizei geführt. Innenminister Reinhold Gall beabsichtigt, schon ab 2012 die Neueinstellungen



zu erhöhen. Damit soll auch dem doppelten Abiturabgang Rechnung getragen werden. Die Finanzierung soll bereits in einem Nachtragshaushalt ermöglicht werden. Zu den verschiedenen Vorhaben, so Innenminister Gall, müssen Konzepte entwickelt werden, deren erste Ergebnisse aufgrund der Vielfältigkeit allerdings nicht vor Ende der zweiten Jahreshälfte zu erwarten seien. Innenminister Reinhold Gall erklärte, dass die Re-

gierung die Forderungen und Veränderungen, die im Koalitionsvertrag stehen, ernst meint. Es sollen nachhaltige und verlässliche Inhalte und Konzepte erarbeitet werden, die für die Kolleginnen und Kollegen auch nachvollziehbar sind.

Zum Abschluss des in einer sehr angenehmen und guten Atmosphäre stattgefundenen Gesprächs einigte man sich darauf, in naher Zukunft weitere Gespräche zu führen.

WKI



36. Kastanienfest der Bereitschaftspolizei Göppingen

Die Gewerkschaft der Polizei und die Bereitschaftspolizei Göppingen haben am 12. 7. 2011 zum 36. Kastanienfest eingeladen und die Zuschauer und Besucher strömten in Massen. Bereits kurz nach 18 Uhr bildeten sich an den Kassen lange Schlangen, an denen Wertbons für Erbseneintopf, Rote Würste, Pommes frites oder Schnitzelwecken gekauft werden konnten.

Die Liste der Ehrengäste liest sich wie ein Who's who der Baden-Württemberg Polizei. Allen voran besuchte Reinhold Gall, zum ersten Mal als Innenminister, das Kastanienfest. Als weitere



Die Gastgeber im Gespräch mit Peter Hofelich, Vors. des Europaausschusses, und Nikolaos Sakellariou, innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion



Die Landesjugendvorsitzende Melanie Nehls zwischen zwei Landespolizeipräsidenten, links LPP Dr. Wolf Hammann, rechts LPP a. D. Dr. Alfred Stümper



Die Gastgeber: GdP-Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner und Ltd. Polizeidirektor Helmut Baumann

Gäste konnten die Gastgeber Rüdiger Seidenspinner und der ständige Vertreter des Direktors der Bereitschaftspolizei Leitender Polizeidirektor, Helmut Baumann, den innenpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Nikolaos Sakellariou, den Vorsitzenden des Europaaus-



Zwei Ehemalige: Polizeipräsident a. D. Konrad Jelden und der ehemalige GdP-Landesredakteur und Bezirkspersonalratsvorsitzende der LPD Stuttgart, Wolfgang Schmid



Die Präsidentenrunde



Der GdP-Landesvorsitzende im Gespräch mit dem Leiter der BPD Göppingen, Polizeidirektor Volker Erlewein

schusses, Peter Hofelich, den Oberbürgermeister der Stadt Göppingen, Guido Till, den Landespolizeipräsidenten Dr. Wolf Hammann, den Leiter der Bereitschaftspolizeidirektion Göppingen, Polizeidirektor Volker Erlewein, u. v. m. begrüßen.

Aber auch die „Ehemaligen“ kamen, so z. B. der ehemalige Innenminister Frieder Birzele, der Landespolizeipräsident a. D. Dr. Alfred Stümper, der ehemalige Inspekteur der Polizei a. D. Willi Burger, der ehemalige Leiter der Bereitschaftspolizei Knauer, sowie der ehemalige Polizeipräsident Konrad Jelden.

Und nach langer Sitzung kamen dann auch noch der Inspekteur der Polizei Gerhard Klotter, Landeskriminaldirektor Hartmut Grasmück, der Direktor der Bereitschaftspolizei Thomas Mürder so-

wie die Polizeipräsidenten Dietrich Moser von Filseck, Christian Nill, Bernhard Rotzinger und Thomas Züfle zum Fest.

Auch das später einsetzende Gewitter konnte die Feierlaune nicht behindern. Ein rundherum gelungenes Fest, bei der sich Veranstalter und Helfer wieder sehr viel Mühe gegeben haben. **WKi**



Zwei Innenminister im Gespräch, Innenminister Reinhold Gall und der ehemalige Innenminister Frieder Birzele

BEITRAGSANPASSUNG

III. Stufe des TVÖD

Die III. Stufe des Abschluss TVÖD tritt zum 1. August 2011 in Kraft, sodass die Beiträge der aktiven Kommunalbeschäftigten um 0,5% angehoben werden. **WKi**





GdP-SERVICE-GMBH BW
MIT SICHERHEIT EIN GUTES GESCHÄFT



Die Vielfalt des Bauens.



Haas Fertigbau und
GdP eine vertrauens-
volle Partnerschaft



Musterhäuser jetzt auch in Deiner Nähe



**Erstklassige Fertighäuser
mit GdP-Sonderkonditionen.**

Mehr unter der Info-Hotline:

07042/879-0

**Jetzt anrufen und
profitieren!**